

Resolution

an die EU und an die Parlamente und Regierungen ihrer Mitgliedsländer

Präambel

Die Teilnehmer an der **Paneuropäischen Konferenz der Solidarität mit Kuba** am 9. Mai 2006 in Wien, Vertreter der Kuba-Solidaritätsbewegung aus..... Ländern, sind nicht bereit, die Diskriminierung Kubas durch die EU und ihre Mitgliedsländer hinzunehmen.

Während die EU mit allen Staaten Lateinamerikas und der Karibik, mit Ausnahme Kubas, Kooperationsverträge ohne politische Bedingungen abgeschlossen hat, wird seitens der EU versucht, den Abschluss eines Kooperationsvertrages mit Kuba von der Aufnahme von Bedingungen hinsichtlich der Einführung einer Mehrparteiendemokratie und der Achtung der Menschenrechte in den Vertragstext abhängig zu machen. Diese von der EU geforderte Konditionierung diskriminiert Kuba gegenüber den anderen Staaten Lateinamerikas und der Karibik, stellt eine Einmischung in innere Angelegenheiten Kubas dar und verletzt das Völkerrecht. Diese Konditionierung wird daher von der europäischen Kuba-Solidaritätsbewegung entschieden abgelehnt. Weiters diskriminieren die EU und ihre Mitgliedsländer Kuba durch die Anweisung an ihre Botschaften, konterrevolutionäre Dissidenten zu den Empfängen anlässlich der nationalen Feiertage einzuladen. Aus diesen Gründen sind die diplomatischen Beziehungen Kubas zur EU und zu ihren Mitgliedsländern auf ein Minimum reduziert.

Forderungen

Die TeilnehmerInnen an der **Paneuropäischen Konferenz der Solidarität mit Kuba** richten nachfolgende Forderungen an die EU sowie die nationalen Parlamente und Regierungen ihrer Mitgliedsländer, die das Ende der Diskriminierung Kubas verlangen und zu zivilisierten, die Souveränität Kubas und die Prinzipien der UNO achtenden Beziehungen zwischen Europa und Kuba führen sollen.

Diese Forderungen sind u.a.:

+ Die EU muss die sofortige Aufhebung des völkerrechtswidrigen Helms/Burton-Gesetzes verlangen. Das Gesetz beeinträchtigt massiv geordnete und auf gegenseitigen Vorteil ausgerichtete Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und Kuba.

+ Sofortige Wiederaufnahme von Verhandlungen zwischen der EU und Kuba zur Erreichung eines Kooperationsvertrages unter der Prämisse des Verzichts auf jegliche politische Bedingungen seitens der EU entsprechend den Verträgen mit anderen Staaten Lateinamerikas und der Karibik.

+ Sofortige Aufhebung der Weisungen an die europäischen Botschaften in Kuba, konterrevolutionäre Dissidenten, insbesondere zu den Empfängen anlässlich der jeweiligen Nationalfeiertage, einzuladen.

- + Sofortige Wiederherstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedsländern und Kuba.**
- + Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der EU und Kuba.**
- + Protest der EU und der Regierungen ihrer Mitgliedsländer gegen die illegale Gefangenhaltung und Folterung vermeintlicher Terroristen in der US-Basis Guantánamo. Der Protest ist mit der Forderung zu verbinden, den Gefangenen ordentliche zivile Gerichtsverfahren zu gewähren.**
- + Protest der EU und der Regierungen ihrer Mitgliedsländer gegen die Gefangenhaltung und Verurteilung von 5 kubanischen Patrioten durch ein befangenes US-Gericht. Die Mission der 5 Patrioten war die Aufdeckung und Verhütung terroristischer Aktionen gegen Kuba.**

Wien, 9. Mai 2006